

# SPD- Fraktion im Rat der Stadt Mönchengladbach

## Etatrede 2010/2011

### Rat der Stadt Mönchengladbach

22.9.2010

### SPD – Fraktionsvorsitzender Lothar Beine

#### Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede,

dies ist der erste Haushalt, der von der neuen Gestaltungsmehrheit fast genau ein Jahr nach der Kommunalwahl getragen und verabschiedet wird. Es ist gleichzeitig auch der erste Haushalt, der komplett nach den Grundsätzen von NKF vorgelegt wurde. Zudem ein Doppelhaushalt für die Jahre 2010 und 2011. Und ein HSK mit über 170 Spar- und Einnahmenvorschlägen.

Die vorgenannten Fakten machen noch einmal deutlich, welch immense Arbeit hinter der Erstellung dieses Werkes steht. Mein Dank gilt deshalb zuerst dem Kämmerer und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.

Lassen Sie mich zu Beginn zur Haushaltsberatung für **die SPD-Fraktion** eins sagen: noch nie habe ich so intensive Haushaltsberatungen mitgemacht!

Wir haben mit den Koalitionspartnern selbst die Sommerferien hindurch gearbeitet und ich glaube, das Ergebnis kann sich sehen lassen: Wir haben zusammen ein **Antragsbuch erarbeitet**, das nach dem Grundsatz der Transparenz der Öffentlichkeit und den anderen Ratsfraktionen vor Beginn der Beratungen in den Bezirksvertretungen und Fachausschüssen zur Verfügung gestellt wurde.

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Kooperationspartnern für die faire und intensive Zusammenarbeit bedanken!

Noch in der Etatrede 2009 habe ich einige grundsätzliche Aussagen zur Haushaltsentwicklung in unserer Stadt gemacht. Nur zwei davon:

- wir haben in erster Linie kein Einnahme- sondern ein Ausgabenproblem

- Bund und Land haben uns in den letzten Jahren immer mehr im Stich gelassen.

Besonders das Land hatte den Städten in den letzten Jahren kräftig in die Tasche  
gegriffen

Die im Haushaltsentwurf vorgelegten Zahlen hinsichtlich der Defizite ab 2010 haben sich für die kommenden Jahre noch einmal dramatisch verschlechtert: Wir müssen – ohne Maßnahmen der Haushaltssicherung – von grundsätzlich um die 170 Mio. € jährlich ausgehen!

Die Überschuldung droht 2015 oder 2016.

Fakt ist: selbst wenn wir **sämtliche** freiwilligen Leistungen streichen und die Personalausgaben dramatisch senken würden, bliebe noch ein Defizit. Dies zeigt noch einmal deutlich, dass die Strukturen nicht stimmen. Besonders in einer Stadt wie Mönchengladbach mit hoher Arbeitslosigkeit und einem hohen Prozentsatz von Menschen, die unterstützt werden müssen.

Ich bin erst einmal froh, dass die **neue Landesregierung** dies nicht nur deutlich genau so beschrieben hat, sondern auch schnell handeln will. Wenn die Zahlen stimmen, die ich für Mönchengladbach bekommen habe, werden die Mittel aus dem GFG **noch in diesem Jahr** – auf unsere Stadt herunter gebrochen – **zusätzliche Einnahmen von rd. 4,6 Mio. €** bedeuten.

Nach Abzug der dann erhöhten Landschaftsverbandsumlage verbleiben netto rd. 4 Mio. € Ein erster Schritt, ein wichtiger Schritt, dem **im nächsten Jahr der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“** folgen soll, mit dem die Landesregierung besonders finanzschwachen Kommunen bei der Bewältigung der Altschulden unter die Arme greifen will.

Weiterhin gehe ich nach zuverlässigen Informationen davon aus, dass wir **auch in anderen Bereichen maßgeblich entlastet werden**. Einzelheiten kann ich heute noch nicht nennen. Insgesamt wird das **Beträge** ausmachen, die **deutlich über der 10 Mio. € - Marke liegen** werden.

Ich appelliere an dieser Stelle an die Landtagsabgeordneten der CDU, Kollegen Post und Schroeren, diesen Vorhaben der Landesregierung zuzustimmen. Sie sitzen beide auch hier im Rat und haben die Interessen unserer notleidenden Stadt zu vertreten. Das erwarten wir schlicht und ergreifend von Ihnen!

Um es deutlich zu sagen: **die Unterstützungen des Landes werden uns nicht retten.**

Und wir werden sie auch nur bekommen, wenn deutlich wird, dass wir unseren Eigenanteil leisten.

Das vorgelegte HSK für 2010 in nie gekanntem Umfang von über 170 Vorschlägen ist ein erster Schritt für die neue Mehrheit, deutliche Akzente im Ausgabenbereich zu setzen:

Wir stimmen rd. 120 Vorschlägen im HSK ausdrücklich zu und tragen sie mit. Die über 50 Änderungsanträge, die die Mehrheit vorgelegt hat, führen in der Regel nicht zu Ablehnungen, sondern zu Modifizierungen.

Damit komme ich zur **Linie der Gestaltungsmehrheit**, die sich angesichts der Zeitschiene noch nicht im Haushaltsentwurf wieder finden konnte, sondern erstmalig in Anträgen zum HSK. Hier gilt für uns der **Grundsatz: Wenn kein Wind geht, dann rudere!** Soll heißen: wir wollen und müssen anpacken weitere Kosten einzusparen und Prioritäten zu setzen.

Unsere höchste Priorität: Auch angesichts der dramatischen Haushaltslage **halten wir an Leistungen im Bereich Bildung und Betreuung fest**. Das sind für uns **Investitionen in die Zukunft!**

Wir wissen, dass frühzeitige Ausgaben im Bereich der Kitas und Schulen sich später positiv auszahlen werden. Weder der Staat noch die Stadt können es sich leisten, Kinder im jetzigen Umfang ohne Schulabschluss und Ausbildung und damit ohne Perspektive ins Leben zu schicken. Diese Menschen werden auf Dauer dem Staat und der Stadt zur Last fallen.

**Unser Grundsatz heißt: Kein Kind darf verloren gehen!** Das kann bedeuten, dass kurzfristig sogar höhere Aufwendungen entstehen. Langfristig bedeutet es jedoch eine erhebliche Senkung der Kosten.

Wir wollen deshalb das **Angebot der offenen Ganztagschulen** vorbehaltlich einer weiteren Landesförderung **erweitern**.

Im Zusammenhang Bildung und Betreuung ist auch die **Einrichtung der 6. Gesamtschule** zu sehen. Wir erfüllen damit ein **zentrales Versprechen**, den **Elternwillen** in unserer Stadt ein großes Stück weiter umzusetzen. Nachdem wir bereits in diesem Jahr zusätzliche Plätze an Gesamtschulen geschaffen haben, ist dies ein weiterer Schritt.

Zum **Stichwort Prioritäten** setzen: Wir haben Sparvorschlägen ausdrücklich nicht zugestimmt, die unserer Meinung nach wichtige funktionierende Strukturen in unserer Stadt beschädigen würden. Beispiel: **kostenlose Nutzung von Sportanlagen und Hallen**.

Vieles in unserer Stadt funktioniert nur, weil es noch viele ehrenamtlich tätige Menschen gibt, die ihre Freizeit opfern und sich engagieren.

Die Sportvereine sind gerade in der Jugendarbeit die größte funktionierende soziale Auffangstation. Sportvereine müssten die zusätzlichen Kostenbelastungen an ihre Mitglieder weitergeben. Dies könnte zu erhöhten Beiträgen und Wegbleiben gerade jener Jugendlichen führen, die in den Vereinen besonders gefördert werden.

Lassen Sie mich zu den **Personalaufwendungen bzw. dem Stellenplan** kommen, einem weiteren wesentlichen Punkt. Wobei ich deutlich machen möchte, dass die SPD - Fraktion unser Personal bei der Stadt nicht als Kostenfaktor ansieht. Die ganz große Mehrheit leistet eine sehr qualifizierte und engagierte Arbeit, für die ich mich ausdrücklich bedanken möchte.

Wir haben bei der Beratung deutlich gemacht, dass die allermeisten neuen Stellen, nämlich 67, auf Grund von gesetzlichen Vorgaben eingerichtet wurden. Auch hinter jeder anderen Stelle stehen konkrete Aufgaben, die dringend zu erledigen sind, wie Herr Holzenleuchter als Fachdezernent im Hauptausschuss nochmals ausdrücklich betont hat.

Andererseits sind 51 Stellen gestrichen worden. Ich weise aber auch noch mal darauf hin, dass wir bei den **Personalkosten** nach Aussagen des Dezernenten in diesem Jahr voraussichtlich eine **schwarze Null** erreichen.

Und ich mache nochmals deutlich, dass an anderer Stelle im Haushalt pro Jahr **knapp 13 Mio. € an Kostenerstattungen fürs Personal eingenommen** werden, also eigentlich gegen gerechnet werden müssen!

Wir haben als Mehrheit dem Vorschlag zugestimmt, zukünftig **pro Jahr 40 Stellen abzubauen**. Das ist ein ehrgeiziges, aber notwendiges Ziel. Deutlich machen möchte ich, dass dies nicht ohne Konsequenzen gehen wird: Wir haben kein Personal zu viel, sondern viele unbesetzte Stellen. Unser Personal arbeitet am absoluten Limit.

Und wenn wir Personal einsparen, **heißt das konkret, dass wir Aufgaben aufgeben oder einschränken müssen**. Diese Konsequenz muss jedem klar sein!

Für die SPD – Fraktion bleibt bezüglich der Aufgabenerfüllung ebenso wichtig, dass wir einen **dezentralen Bürgerservice in den Stadtteilen aufrecht erhalten**. Auch hier werden wir über flexible Aufgabenerfüllung reden müssen.

Den größten betragsmäßigen Block im HSK machen die Vorschläge zur Erhöhung von Steuern und Gebühren aus.

Sie wissen, dass die Mehrheit dies differenziert betrachtet.

Wie in den Vorjahren haben wir eine **Erhöhung der Grundsteuern und Gewerbesteuern abgelehnt**. Jede weitere **Erhöhung** in diesen Bereichen **bleibt kontraproduktiv**. Die Menschen in unserer Stadt sind bereits hoch belastet.

Mönchengladbach hat höhere Grundsteuersätze als die umliegenden Kommunen. Wir können und wollen es uns nicht leisten, dass Familien, insbesondere junge Familien, abwandern.

Wir brauchen angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in unserer Stadt zusätzliche Arbeitsplätze und müssen die bestehenden absichern. Maßstab dabei sind nicht die Gewerbesteuerhebesätze gleichgroßer Städte im Land, sondern die umliegenden Kommunen, die genau um unsere Firmen mit niedrigeren Hebesätzen werben.

Wir haben bereits in früheren Jahren die positive Erfahrung gemacht, dass die Gewerbesteuer – Einnahmen auch ohne Anhebung der Hebesätze überproportional gestiegen sind. Auf diesen Effekt setzen wir auch weiterhin. Hier geht es nicht um Geschenke an Unternehmen oder Unternehmer, hier geht es um Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen für die Menschen in unserer Stadt.

Anders sieht es bei Steuern aus, die nicht Jede und Jeden von uns treffen: die **Hunde- und die Hotelsteuern**. Wir haben in unseren Anträgen die im HSK vorgesehenen Erhöhungen abgemildert, sehen aber angesichts der Haushaltslage keine Möglichkeit, sie zu vermeiden.

Dies gilt auch für die **Erhöhung der verschiedenen Gebühren**. Wir haben der **moderaten** Erhöhung mit Sozialklausel zugestimmt, um die anfallenden Kostenerhöhungen im Bereich der Verwaltung auffangen zu können.

Vermeiden möchten wir hingegen die **Abgaben zum Fonds deutsche Einheit**. Unsere Stadt und die Menschen unserer Stadt haben jetzt bereits über viele Jahre die Kosten getragen. Sie waren wichtig und richtig. Angesichts der dramatischen Haushaltslage, die schlechter ist als in den meisten Städten im Osten, sagen wir jetzt aber genau so klar:

**Es kann nicht sein, dass wir noch 10 Jahre Beträge von ca. 10 Mio. € jährlich in den Osten überweisen, die wir auf dem Kreditmarkt aufnehmen und finanzieren müssen.**

Unsere Stadt sieht hinsichtlich der Straßen, Gebäude und Infrastruktur inzwischen schlimmer aus als viele Städte im Osten. Wir fordern deshalb die Verwaltung mit dem Oberbürgermeister an der Spitze auf, möglichst im Verbund mit anderen betroffenen Städten, zu prüfen, ob nicht der Rechtsweg gegen die Zahlung für den Fonds deutsche Einheit beschritten werden kann.

Ich erwarte und gehe davon aus, dass die Verwaltung unverzüglich arbeitet, um bereits die Zahlung für dieses Jahr in Frage zu stellen.

Wichtig ist mir noch der Hinweis darauf, dass sich in unserer Stadt zurzeit ja Einiges Dank des **Konjunkturprogramms II** tut, das im Wesentlichen innerhalb der Großen Koalition in Berlin unter Federführung der SPD auf den Weg gebracht worden ist: Rund 32,2 Mio. € hat die Stadt erhalten.

Damit werden viele Projekte im Bildungsbereich wie Berufskollegs, Schulen und Familienzentren finanziert. Zugleich werden Sportstätten, Spielplätze, Straßenbeleuchtung und Straßen saniert. Dieses Paket bringt die Stadt in die Lage, dringend notwendige Maßnahmen endlich durch zu führen.

Wichtig ist, dass nach dem Konjunkturprogramm kein Stillstand herrscht. Sehr viele Straßen und Gebäude sind nach wie vor in einem erbärmlichen Zustand. Wir haben darauf verzichtet, Neubauprojekte wie dem „Busshuttle Nordpark“ zuzustimmen.

Wir wollen in die bestehende Substanz investieren. Deshalb haben wir z.B. für die Jahre 2011 und 2012 **zusätzliche Mittel von insgesamt 700.000 € in die Sanierung der Straßen** gesteckt. Zugleich soll ein **Sanierungsprogramm „öffentliche Gebäude“** begonnen werden.

Mit den Schulen werden wir hier anfangen. Als erste Grundlage wird ein Gebäudekataster erstellt, damit wir das Geld auch zielgerichtet ausgeben.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige grundsätzliche Anmerkungen machen:

Was ich, meine Damen und Herren, zum Thema HSK bei den diesjährigen Haushaltsberatungen **vermisst** habe, ist auch nur ein **Beitrag der Opposition**. Es wird das Defizit von 170 Mio. € bejammert. Es gibt aber keinen Vorschlag, wie Ihrer Meinung nach das Defizit abgebaut werden kann: Erhöhungen von Steuern und Gebühren stimmen Sie nicht zu.

Und natürlich stimmen Sie den allermeisten Sparvorschlägen auch nicht zu. Ich denke, auch Sie sind gefordert, in Verantwortung für unsere Stadt, sich an Lösungen für die Haushaltslage zu beteiligen. Dieser Verantwortung sind Sie nicht gerecht geworden.

Uns ist klar, dass auch die vielen Maßnahmen des HSK nur eine Station zur Sanierung des Haushalts sein kann. Der Kämmerer hat bereits angekündigt, dass wir im Frühjahr 2011 eine Vorlage „HSK 2011“ mit weiteren Sparvorschlägen bekommen werden. Ich habe bereits in den letzten Jahren gesagt, dass wir ein Ausgabenproblem haben.

Das heißt: wir werden uns im Frühjahr mit weiteren erheblichen Einsparmaßnahmen beschäftigen müssen. Die Mehrheitsfraktionen sind sich Ihrer Verantwortung für unsere Stadt bewusst. Wir werden uns auch im Frühjahr sehr intensiv mit diesen Vorschlägen auseinandersetzen.

Unsere Stadt braucht Menschen und eine Mehrheit, die bereit sind, mit mutigen Entscheidungen unsere Stadt wieder zukunftsfähig zu machen. Menschen und eine Mehrheit, die den zukünftigen Generationen Perspektiven geben und die finanzielle Freiheit, noch eigene Entscheidungen treffen zu können. Der vorgelegte Haushalt ist ein erster, wichtiger Schritt in diese Richtung.

Wir sind als SPD – Fraktion bereit, mit diesem Oberbürgermeister Norbert Bude zukünftig auch weiterhin die Verantwortung für unsere Stadt zu übernehmen. Wir stimmen deshalb dem vorgelegten Haushalt zu.